

Aus der Stadtverordnetenversammlung:

## Erst Straßen, dann neue Baugebiete ...

... doch Rote und Grüne handeln lieber umgekehrt – wie seit 30 Jahren

**Einen Teilerfolg konnte die CDU-Fraktion in der jüngsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung erringen. Mit großer Mehrheit sprachen sich die Stadtverordneten dafür aus, einen mehrspurigen Ausbau der (neuen) B 3 zwischen Kloppenheim und Bad Vilbel zu beantragen. Doch entgegen der ursprünglichen Initiative der CDU, die den Ausbau so schnell wie möglich favorisierte, will die rot-grüne Mehrheit mit der Erweiterung frühestens dann beginnen, wenn die Planungen für den Weiterbau der B 3 über Kloppenheim hinaus abgeschlossen sind.**

„Gerade weil die Strecke zwischen dem Toom-Markt und der Auffahrt zur B 3 Richtung Frankfurt zweispurig ausgebaut wird, ist es keine Lösung, dass sich der Verkehr dann wieder auf eine Spur einordnen soll“, argumentierte CDU-Fraktionschef Dr. Stefan Zahradnik und warnte vor einem neuen Engpass. Außerdem: Wie und wann auch immer die Nordumgehung endlich realisiert wird – fest steht, dass sich auf der B 3 die Verkehrsströme bündeln werden. „Daher muss der Ausbau schnell angegangen werden“, mahnte Zahradnik.

Die rot-grüne Mehrheit wollte dieser Argumentation nicht folgen. Ihr ging es vielmehr darum, zwei neue Baugebiete durchzubringen. Zum einen stand das Baugebiet „Fuhrweg II“ in Rendel auf der Tagesordnung, wobei der Magistrat zahlreiche Bedenken von Ämtern und Anwohnern vom Tisch wischte. Dabei ist offenkundig, dass zum Beispiel 24 öffentliche Parkplätze bei 350 Neubürgern wohl kaum reichen werden.

Einen offiziellen Beschluss fällten die Stadtverordneten auch für das Baugebiet „Am Brunnenweg“, durch das westlich der Bebauung rund um das Bürgerzentrum Wohnungen für 450 Einwohner geschaffen werden sollen.

Die CDU-Fraktion stellte klar, dass sie nicht grundsätzlich gegen eine Erweiterung des Stadtzentrums ist, doch machte sie dafür die Realisierung der Nordumgehung zur Bedingung. Denn der Bebauungsplan sieht vor, den Verkehr aus dem neuen Baugebiet auf die ohnehin schon hoffnungslos überlastete

Landesstraße 3205 (Bahnhofstraße) zu führen.

„Wir dürfen nicht dieselben Fehler wie schon seit Jahrzehnten machen“, rief Zahradnik den rot-grünen Koalitionären zu. Diese aber ließen sich von ihrem „bewährten“ Kurs nicht abbringen: Erst Baugebiete, dann Straßen!

## Roggau wurde getäuscht

Der Haushaltsentwurf 2002 des rot-grün-dominierten Magistrats enthält für die Bürger in Burg-Gräfenrode eine böse Überraschung: Die Mittel, die für den Neubau eines Kindergartens am Bindweidring für dieses Jahr eingeplant waren, wurden auf das nächste Jahr verschoben. „Es ist ein Unding, dass den Neubürgern erst der Kindergarten versprochen wird und jetzt, da manche Familien schon seit einem halben Jahr dort wohnen, der Magistrat sein Wort bricht“, meint Roggaus Orts-



vorsteher Karlfred Heidelbach enttäuscht. Ebenso fest zugesagt wurde den Rendelern der Bürgertreff. Auch

hier wurden die Mittel um ein Jahr nach hinten geschoben. An den Planungen für den JUKUZ-Ausbau – mit Kosten von einer Million Euro immerhin doppelt so teuer wie der Roggauer Kindergarten – hält der Magistrat dagegen fest. Auch die Einsparungsvorschläge

der CDU für den Bereich der Verwaltung wurden von der Rathauspitze zurückgewiesen.

Nichts dazu gelernt:

## SPD lehnte Fort- und Weiterbildungskonzept ab

Von der rot-grünen Koalition blockiert wurde kürzlich eine Initiative der CDU-Fraktion, ein Konzept für die Fort- und Weiterbildung der städtischen Bediensteten zu erstellen. Grundlage für den CDU-Antrag waren die Ergebnisse der Prüfung der städtischen Personalwirtschaft durch die Kienbaum Management Consultants GmbH. Der Prüfungsbericht wurde im April 2001 veröffentlicht und zeigte erhebliche Mängel auf (wir berichteten).

Die Experten von Kienbaum hatten unter anderem festgestellt, dass die Stadt Karben nicht über ein eigenständiges Fortbildungskonzept mit einer Bedarfsermittlung und einem daraus resultierenden Programm verfügt. Die derzeitige Praxis der Fortbildung sei – mit Ausnahme der EDV-Schulungen, die notwendiges Basiswissen vermittelten – nicht wirtschaftlich. Zu vermuten war dies schon seit längerem. Schließlich wurden im Haushaltsplan 2001 nicht einmal 150 Euro pro Mitarbeiter und Jahr für Fort- und Weiter-

bildung bereitgestellt. Ein Antrag der CDU-Fraktion, die Mittel wenigstens um 25% aufzustocken, fand schon damals keine Mehrheit. So ist es nicht verwunderlich, dass SPD und Grüne auch den jetzigen Antrag blockierten. Eine Frage der politischen Einstellung ist dies offenbar nicht. Denn in der Verwaltung des Wetteraukreises, wo auch ein Sozialdemokrat für das Personalwesen zuständig ist, wird ungleich mehr für die Mitarbeiter getan. Dort ist man sich wohl darüber im Klaren, dass Fort- und Weiterbildung

heute immer wichtiger wird, um den Erwartungen an eine effektive und effiziente Verwaltung gerecht werden zu können. Aber die Karbener Verwaltungsspitze bleibt in solchen Angelegenheiten halt rückständig. Im Interesse der Mitarbeiter ist dieses Verhalten jedenfalls nicht!

In dem Kienbaum-Bericht erfolgt auch auf anderen Gebieten Kritik an der Verwaltungsführung. Einen Auszug finden Sie unter:

<http://www.im-klartext.de>

CDU-Initiative:

### Bürger besser beteiligen

Eine stärkere Einbindung der Bürger in die Kommunalpolitik will die Karbener CDU-Fraktion erreichen. Hierzu hat sie einen Entwurf für eine „Satzung zur Förderung der Bürgerbeteiligung und der Transparenz kommunalen Handelns“ erarbeitet. Die Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung soll im Herbst erfolgen. Bis dahin wird die CDU-Fraktion den Satzungsentwurf mit den anderen Fraktionen ausführlich erörtern.

Schon der Titel der Satzung verdeutlicht, dass mehr Bürgerbeteiligung vor allem mehr Transparenz voraussetzt. Um die Informationsbeschaffung für die Bürger zu erleichtern, ist zum Beispiel daran gedacht, die Protokolle der öffentlichen Teile der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung, die Haushaltspläne und Jahresrechnungen der Stadt, Ergebnisse der Verkehrsuntersuchungen und Umweltverträglichkeitsprüfungen, die Materialien der Lokalen Agenda und andere Dokumente auf Dauer in den Bestand der Stadtbücherei zu nehmen.

Zudem sollen die Bürger zukünftig die Möglichkeit erhalten, sich offiziell zu den Haushaltsplänen der Stadt zu äußern und sich an einen Petitionsausschuss der Stadtverordnetenversammlung zu wenden, wenn Problemen anders nicht abgeholfen werden kann. Ein weiterer Punkt, der der CDU am Herzen liegt, ist die schriftliche Benachrichtigung der Grundstücksinhaber bei der Aufstellung von Bebauungsplänen.

Interessierte können den vollständigen Entwurf der Satzung abrufen unter:

<http://www.im-klartext.de>

### Mitglieder der CDU-Fraktion im Überblick

- **Beck, Mario**, Tel. 06039/939835, M.Beck-Karben@t-online.de  
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender  
Haupt- und Finanzausschuss; JUKUZ-Beirat
- **Cornelius, Gerhard**, Tel. 06039/1439, gerhard.cornelius@t-online.de  
Haupt- und Finanzausschuss; Betriebskommission der Stadtwerke
- **Heidelberg, Karlfred**, Tel. 06034/1690  
Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz
- **Hintz, Jürgen**, Tel. 06039/95893, Juergen\_Hintz@gmx.de  
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender  
Ausschuss für Bauwesen, Städteplanung und Verkehr
- **Hollender, Rolf**, Tel. 06039/95655, Rolf.Hollender@t-online.de  
Ausschuss für Bauwesen, Städteplanung und Verkehr
- **Knab, Claire**, Tel. 06039/7943  
Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz
- **Lenz, Ingrid**, Tel. 06039/41020, ilvanlage@aol.com  
Sozialausschuss; Aufsichtsrat der Wohnungsbaugesellschaft; Frauenkommission
- **Mondre, Dr., Michael**, Tel. 06039/46663  
Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz
- **Römer, Eva-Maria**, Tel. 06039/7568  
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende  
Ausschuss für Jugend, Sport und Kultur; Aufsichtsrat der Wohnungsbaugesellschaft
- **Römer, Patrick**, Tel. 06039/5418  
Zur Zeit kein Ausschuss
- **Scheurich, Marita**, Tel. 06039/6175, MaritaScheurich@aol.com  
Fraktionsgeschäftsführerin  
Ausschuss für Jugend, Sport und Kultur, Gesprächskreis Prävention
- **Stadler, Günther**, Tel. 06039/3259  
Sozialausschuss; Betriebskommission der Stadtwerke
- **Steubesand, Thorsten**, Tel. 06039/932210, webmaster@steubesand.org  
Ausschuss für Bauwesen, Städteplanung und Verkehr; Betriebskom. der Stadtwerke
- **Zahradnik, Dr., Stefan**, Tel. 06039/45646, mail@zahradnik.de  
Fraktionsvorsitzender  
Haupt- und Finanzausschuss; Aufsichtsrat der Wohnungsbaugesellschaft

### Ansprechpartner der CDU im Magistrat

- **Fritsch, Helga**, Tel. 06034/7000, helga.fritsch@01019freenet.de
- **Rahn, Guido**, Tel. 06034/8749, rahnguido@t-online.de
- **Stein, Otmar**, Tel. 06039/2924

## Kurz notiert

### Neuer Ortsgerichtsvorsteher

Einstimmig wurde Alfred Dubowy zum Vorsteher des Ortsgerichts gewählt. Die CDU-Fraktion zeigt sich erfreut, dass bei dieser Entscheidung ausnahmsweise die persönliche Qualifikation im Vordergrund gestanden hat. Der Chef der Sparkasse Wetterau im Karbener Stadtzentrum gilt als Experte in Fragen der Grundstücksbewertung.

### Patrick Römer nachgerückt

Patrick Römer aus Groß-Karben ist in die Stadtverordnetenversammlung nachgerückt. Der 19-Jährige legte im vergangenen Jahr an der Kurt-Schumacher-Schule sein Abitur ab und leistet zur Zeit Wehrdienst bei der Flugabwehr-Raketengruppe 42 in Schöneck.

### «2. Stadtrat» - peinlich

Einen «2. Stadtrat» hatte die SPD-Fraktion beantragt, damals noch unter Führung von Roland Schulz. Dabei gibt es dieses Amt überhaupt nicht. Nach der Gemeindeordnung heißt der Vertreter des Bürgermeisters «Erster Stadtrat», alle weiteren Magistratsmitglieder einfach nur «Stadtrat». Am Sitzungstag durch die CDU darauf hingewiesen, wurde der Antragstext rasch geändert. Peinlich, wenn jemand nicht genau weiß, wie das Amt heißt, um das er sich bewirbt.

### JU wieder aktiv

Nachdem es zuletzt etwas ruhig um die Junge Union Karben war – einige Aktive waren wegen Studienbeginns weggezogen – baut nun eine Gruppe 17- bis 23-Jähriger den Verband neu auf. Interessierte sind herzlich eingeladen, dabei mitzumachen. Infos gibt es bei Mario Beck, Tel. 06039/939835.



Einen neuen Vorstand hat die Mitgliederversammlung des CDU-Stadtverbandes gewählt. Von links nach rechts: Klaus Geier (Schatzmeister), Gerhard Christian, Helga Fritsch (stellv. Vorsitzende), Peter Biebricher, Reinhard Wortmann (stellv. Vorsitzender), Jürgen Hintz, Eva-Maria Römer (Vorsitzende), Philipp von Leonhardi (Schriftführer) und Prof. Dr. Jürgen Milnik. Nicht auf dem Foto zu sehen sind Jens-Michael Kentler und Thorsten Steubesand sowie Dr. Stefan Zahradnik (Fraktionsvorsitzender) und Otmar Stein (Stadtrat), die dem Vorstand kraft Amtes angehören.

Gegen die Stimmen von CDU, FWG und FDP:

## SPD und Grüne installierten weiteren Stadtrat

Karben hat seit 1. Januar 2002 einen weiteren hauptamtlichen Stadtrat. Roland Schulz, zuvor Vorsitzender der SPD-Fraktion, soll sich auf diesem Posten bis zur Wahl des Bürgermeisters im Herbst 2003 profilieren – eine Wahlkampfstrategie, die die Steuerzahler mit über 100.000 Euro/Jahr belastet. Einen schalen Nachgeschmack hinterlässt auch die Vorgehensweise bei der Personalauswahl. Dass Schulz Stadtrat werden sollte, hatte die Karbener SPD bereits ausgeküngelt, bevor die Stelle ausgeschrieben war. Unter den Bewerbungen befand sich später eine Frau, die – zwar nicht in Karben, aber anderswo – eine führende Position innerhalb der SPD innehat und dort ein sehr hohes Ansehen genießt. Auch ihre erfolgreichen Studien, die durchgehend guten Zeugnisse und ihr bisheriger Werdegang hätten viele Mitglieder der SPD daran zweifeln lassen, ob Schulz wirklich

der Geeigneteren ist. Wohl in Kenntnis der aussichtslosen Lage hat sie die Bewerbung wieder zurückgezogen. Zwei weitere Bewerber waren Volljuristen mit Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst. Aber auch ein Bewerber, der wie Schulz Amtsrat war, jedoch eine viel breitere berufliche Erfahrung vorzuweisen hatte, blieb auf der Strecke. Vorstellungsgespräche haben SPD und Grüne blockiert. Fazit: Es ging wieder einmal nicht um die Auswahl des Besten, sondern ausschließlich um parteipolitische Interessen.

**Die Rede des Vorsitzenden der CDU-Fraktion zur Wahl des weiteren Stadtrats finden Sie unter:**

<http://www.cdu.zahradnik.de>

**Die Homepage des CDU-Stadtverbandes finden Sie unter:**

<http://www.cdu-karben.de>

## Abschaffung der Baumsatzung gescheitert

Die von der CDU beantragte Abschaffung der Baumsatzung ist jüngst an den Stimmen von SPD und Grünen gescheitert. Im Wetteraukreis gibt es diese Satzung sonst nur in Friedberg und Bad Nauheim. Für alle anderen Gemeinden nimmt den Baumschutz die Kreisverwaltung wahr. Sie ist weniger streng als das Karbener Umweltamt. Nach Ansicht der CDU-Fraktion bedeutet die Baumsatzung eine unnötige

Überreglementierung und Gängelung, die den Spaß am Bäumepflanzen verdirbt. Die Satzung hat aber auch finanzielle Auswirkungen. Wie der Magistrat auf Anfrage mitteilte, bindet der Vollzug der Satzung eine Personalkapazität von ca. 30 Stunden/Woche. Dies kostet über 40.000 Euro/Jahr und ist in Anbetracht der hohen Schulden der Stadt nicht akzeptabel. Die CDU-Fraktion bleibt am Ball ...

## Impressum

Herausgeber:  
Christlich Demokratische Union  
Stadtverband Karben  
Im Sauerborn 4, 61184 Karben  
Tel. (06039) 7568

Redaktion:  
Mario Beck, Prof. Dr. Jürgen Milnik,  
Eva-Maria Römer

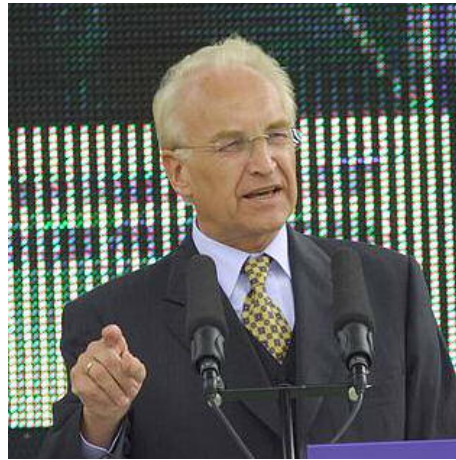
Auflage:  
8.500 Exemplare

# Hochgekrempelte Ärmel gegen ruhige Hand

**Die Würfel sind gefallen:** Bei der Bundestagswahl am 22. September kommt es zum Duell Edmund Stoiber gegen Gerhard Schröder. Die Umfrageinstitute sehen sehr gute Chancen, dass das rot-grüne Experiment in Deutschland schon bald beendet sein dürfte. Besonders interessant: Laut einer „FOCUS“-Umfrage erreicht Stoiber seine höchsten Zustimmungswerte mit 53% in der Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen.

Angesichts immer weiter steigender Arbeitslosenzahlen ist der Glanz des Bundeskanzlers sichtlich verblasst. Dabei kam Schröder zugute, dass gerade in den vergangenen vier Jahren deutlich mehr ältere Menschen aus dem Arbeitsmarkt ausschieden als junge nachrückten. Die billige Ausrede, die weltwirtschaftliche Entwicklung sei an allem Schuld, verpufft angesichts der Tatsache, dass die Bundesregierung unser Land im europäischen Wachstumsvergleich ans Tabellenende manövriert hat.

Deutschland stünde noch wesentlich schlechter da, wenn nicht erfolgreiche Länder wie Hessen oder Bayern den Schnitt nach oben ziehen würden. Apropos Bayern: Dort ist die Arbeits-



losigkeit mit 5,6% deutlich niedriger als im Bundesschnitt, die Aufklärungsrate bei Straftaten liegt bei über 60%, München gilt als die sicherste Großstadt der Republik. Dass diese Er-

folgszahlen auch auf das Konto von Ministerpräsident Edmund Stoiber gehen, ist wohl kaum zu bestreiten. Vereinfachte Steuerreform, die nicht nur Großunternehmen, sondern auch dem Mittelstand zugute kommt, sowie Investitionen in Forschung und Bildung. Kaum hatte der Unions-Kandidat skizziert, wie er seine erfolgreiche Politik auf den Bund übertragen will, wurde im Kanzleramt hektisch an Arbeitsbeschaffungsmodellen gearbeitet. Das wird Schröder nicht davor bewahren, sich an seiner eigenen Wahlkampfaussage von 1998 erinnern zu lassen: „Wenn es uns nicht gelingt, die Arbeitslosigkeit in diesem Land deutlich zu senken, haben wir es nicht verdient, wiedergewählt zu werden!“

## Solidarität auch mit der Truppe ?

Nicht nur auf dem Feld der Wirtschaftspolitik, auch in der Außen- und Sicherheitspolitik klaffen bei dieser Bundesregierung Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander. Zwar konnte sich der Kanzler mit dem Druckmittel des Machterhalts und dank einer unglaublichen Prinzipienlosigkeit seines grünen Koalitionspartners eine eigene Mehrheit für den Bundeswehreininsatz zur Terrorbekämpfung sichern. Wohl zur Beruhigung der Grünen, die vor wenigen Jahren noch die Bundeswehr abschaffen wollten, las-

sen aber Pannenminister Scharping & Co. die Truppe weiter finanziell ausbluten. Die mangelnden Lufttransportkapazitäten wurden erst kürzlich beim unfreiwilligen Stopp der deutschen Soldaten in der Türkei besonders deutlich. Zu allem Überfluss machen sich die Grünen jetzt auch noch an der Wehrpflicht zu schaffen, ohne zu bedenken, dass die Bundeswehr etwa die Hälfte aller Zeit- und Berufssoldaten aus den Reihen der Wehrdienstleistenden anwirbt. Noch aber können die Wähler diese Politik beenden...



### Stadtwerke-Skandal:

## So wird abkassiert

Schon wieder sind bei den Karbener Stadtwerken Unregelmäßigkeiten zu Lasten der Gebührenzahler zu verzeichnen. Diesmal wurden Finanzierungsumlagen, die die Stadt einst an den Zweckverband für die Wasserversorgung des Unteren Niddaltals leistete, in den Büchern der Stadtwerke in einen „immateriellen Vermögensgegenstand“ umgewandelt. Dabei steht in der Satzung des Zweckverbandes geschrieben: „... die Finanzierungsumlage ist als Darlehensgewährung durch die Verbandsmitglieder anzusehen“. Statt dafür vom Zweckverband Zinsen zu fordern, belasten die Verantwortlichen in Karben lieber die Gebührenzahler. Die Abschreibung des „immateriellen Vermögensgegenstandes“ kostet diese ca. 20.000 Euro pro Jahr.

Nachdem sich 1998 herausgestellt hatte, dass alle Bilanzen der Stadtwerke bis 1995 falsch waren, traten im Frühjahr 2000 schon wieder überhöhte Zinszahlungen der Stadtwerke an den städtischen Haushalt zu Tage (wir berichteten). Nun werden die Gebührenzahler erneut abkassiert!